

Vortrag zum Thema Inklusion und Behindertenpolitik

Squad: Integration, Inklusion und Partizipation am 26.02.2014

von Lisa

Inhalt:

- 1. historischer Abriss
- 2. Ausgangslage für eine inklusive Politik
- 3. Was ist Behindertenpolitik?
- 4. Was ist Inklusion?
- 5. Was ist Diskriminierung?
- 6. Was braucht Inklusion?
- 7. Zum Innovationspotenzial der UN-Behindertenrechtskonvention (nach Heiner Bielefeldt)
- 8. Weiterführende Links

1. Kurzer historischer Abriss:

19. Jahrhundert, Deutsches Kaiserreich: Es beginnt ein medizinischer Fachdiskurs über Behinderung als medizinisches Defizitmodell (Ausbau der Forschung und Therapie). Die sogenannten „Idiotenanstalten“ und Schulen für „schwachbefähigte Kinder“, „Taubstummenanstalten“, Heil- und Pflegeanstalten für „Schwachsinnige“ werden ausgebaut. 1883 wird die gesetzliche Krankenversicherung durch Bismarck eingeführt.

Weimarer Republik: es wurde offen über Tötung so genannter „Imbeziler“ geredet. Durch die Kriegsinvaliden (Amputierte, Kriegblinde, Hirnverletzte) nach dem 1. Weltkrieg (später nach dem 2. Weltkrieg) entstanden neue Gesetze. Erste Verbände entstanden.

Nationalsozialismus: Ermordung von über 200.000 Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung („T4-Aktion“, „Kindereuthanasie“, Zwangssterilisation, dezentral organisierte Euthanasie). Übrigens: Auf dem historischen Areal der Tiergartenstraße 4 (Philharmonie) in Berlin wird ein „Gedenkort für die Opfer der NS-'Euthanasie'-Morde“ errichtet.

Nachkriegszeit: 1950: Bundesversorgungsgesetz für Kriegsoffer und Gründung des *Verbandes der Kriegsbeschädigten*, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands. Mitte der 50er Jahre dezimierten sich die ökonomischen Versorgungsprobleme („Wirtschaftswunder“). 1958: Gründung der Lebenshilfe.

60er Jahre: 1962 Bundessozialhilfegesetz. Erste (Zivil)Behindertenverbände gründen sich. Die Situation in den Heimen und Psychiatrien war geprägt von Fremdbestimmung („satt und sauber“), struktureller und auch körperlicher Gewalt und dem medizinischen Defizitmodell von Behinderung.

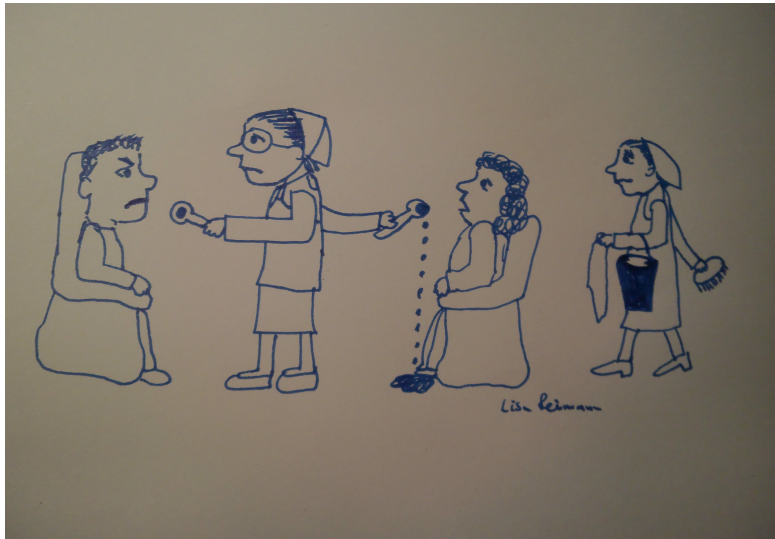


Bild: Lisa Reimann

Die Reportage „Die Hölle von Ueckermünde“ (Achtung Trigger-Warnung) (1993 in der ARD) zeigt am Beispiel zweier Anstalten in den neuen Bundesländern das Leben von Menschen mit Behinderungen drei Jahre nach der Wiedervereinigung.

YouTube: <http://www.youtube.com/watch?v=k0VLlaCjFVU>

70er Jahre: Behindertenbewegung (angesteckt von 68.-Bewegung, Frauenrechtsbewegung usw.). Es entstehen „Krüppelgruppen“ (Eigenbezeichnung), die Forderungen stellen (Krüppelzeitung, Proteste), erste Integrationsklassen entstehen. 1975: Psychiatrie-Enquête. Forderungen der Behindertenbewegung bzw. Selbstbestimmt-Leben-Bewegung:

Viele Organisationen und Interessengemeinschaften der Independent Living-Bewegung (USA) sahen in der Behinderung kein individuelles Problem mehr, sondern ein politisches. Es wurden Gesetze zur Anti-Diskriminierung und Gleichstellung für behinderte Menschen gefordert. Zudem wollten Menschen mit Behinderungen nicht länger als Kranke angesehen werden, die Umfeldbarrieren sind für die Behinderung vor allem verantwortlich. Ziel: Selbstbestimmt Leben mit und ohne Assistenz (Aufbau Ambulanter Dienste) und das Leben in der Gemeinde, statt Aussonderung in Großeinrichtungen. Konzepte wie Peer Counseling und Peer Support wurden etabliert. Ziel war auch die Entmündung zu beenden.



Bild: Lisa Reimann

Anstatt Fremdbestimmung, forderten Menschen mit Behinderung ihre Assistenz selbst aussuchen zu können und darüber zu bestimmen, was sie wann, wo, wie möchten.



Bild: Lisa Reimann



Bild: Lisa Reimann

80er Jahre: Höhepunkt der Bewegung, die Behindertenbewegung wurde radikaler, denn: 1981 UNO-Jahr der Behinderten, das die Bundesregierung feiern wollte („Integration und Rehabilitation von Behinderten“). Doch die Realität sah anders aus, deshalb: 1981 Krückenschlag gegen Bundespräsident Carstens und 1981 „Krüppeltribunal“.

Anklagepunkte des „Krüppeltribunals“: Menschenrechtsverletzungen in Heimen, Behördenwillkür, eingeschränkte Mobilität, Sonderwelt: Werkstätten, Benachteiligung von Frauen mit Behinderung, Pharmaindustrie (Contergan-Skandal), Zustände in Reha-Zentren und Psychiatrien, Medien.

90er Jahre: 15. November 1994: Grundgesetzänderung (Art. 3, Abs. 3, Satz 2). Aktion Grundgesetz gründet sich und fordert weitere Gleichstellungsgesetze. 1998: behindertenpolitische Wende durch Regierungswechsel.

2000-2005: Rot-Grün erlässt 2001 SGB IX (Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe), 2002 das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) – Kernstück ist die umfassende Barrierefreiheit. Zusammenarbeit der Verbände mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales beginnt. Verbände erhalten Verbandsklagerecht und Beteiligungsrechte. Folgen des BGG: weitere Gesetze werden angepasst (Hochschulrahmengesetz, Baugesetze usw.).

2005-2009 Große Koalition: 24. März 2009 - *UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen* (UN-BRK) tritt in Deutschland in Kraft. Aber: Inklusion wird mit Integration übersetzt, damit der Bundesrat der UN-BRK zustimmt. Weibernetz e.V. veröffentlicht eine Schattenübersetzung. Da deutsch keine amtliche UNO-Sprache ist, ist das englische Original (mit „inclusion“) bindend.

2. Ausgangslage für eine inklusive Politik

Die Gesellschaft ist vielfältig. Prozesse: Individualisierung, Pluralisierung der Lebensstile, sozialer Wandel, Transformationsprozesse, Demografischer Wandel, Integrations- und Inklusionsdebatte.

Seit 2009 ist die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland in Kraft. Der überwiegende Teil der Schüler_innen mit sonderpädagogischen Förderbedarf besucht die Förderschule (einige Länder sind schon recht weit, wie Bremen, andere -wie Bayern- haben noch keine hohe Inklusionsquote im Bildungsbereich). Auch im Bereich Arbeit sind Menschen mit Behinderung überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen (siehe Statistik der Arbeitsagentur, Februar 2014: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Service/Bestellservice-Regionale-Statistikhefte/Musterbericht-ALO-Schwerbehinderte.pdf>). 37 000 deutschen Unternehmen stellen keine Menschen mit Schwerbehinderung ein (siehe auch: Zeit Online 2014. BEWERBUNG MIT BEHINDERUNG "Man sieht es mir nicht an" <http://www.zeit.de/2014/11/behinderte-arbeit->

[bewerbung-inklusion](#)).

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die Studie von Zick, Küpper und Hövermann (Uni Bielefeld) zeigt, dass Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Vorurteile in Europa weit verbreitet sind.

Zum Beispiel beklagen 40% der Befragten in Deutschland, dass es zu viele Musliminnen/Muslime in ihrem Land gibt (vgl. ZICK/KÜPPER/HÖVERMANN 2011, S.70). Jede/jeder siebte Befragte in Deutschland ist gegen eine Heirat zwischen "schwarzen" und "weißen" Menschen (vgl.

ZICK/KÜPPER/HÖVERMANN 2011, S.68, S.74). Die Mehrheit der Befragten vertritt sexistische Einstellungen. Es wird eine traditionelle Rollenverteilung, bei der die Frau sich ernsthaft der Rolle der Mutter und Ehefrau widmet, bevorzugt (vgl. ZICK/ KÜPPER/HÖVERMANN 2011, S.14).

Siehe: ZICK, Andreas/KÜPPER, Beate/HÖVERMANN, Andreas: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin:

Friedrich Ebert Stiftung Forum Berlin, 2011 (auch online im Internet unter: FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG: Eine neue Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung.

Zusammenfassung. 2011. Online im Internet: URL: http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_11/zusammenfassung_abwertung.pdf

Es braucht auch von politischer Seite her Maßnahmen, damit alle:
„Ohne Angst verschieden sein können“ (ADORNO 1951)

Ausgangslage – Menschen mit Behinderung:

„Eine aktuelle Umfrage der Aktion Mensch und Innofact ergab: 55 Prozent nehmen die rund 10 Millionen Menschen, die in Deutschland mit Behinderung leben, nicht wahr. Jeder Dritte hat überhaupt keinen Kontakt zu Menschen mit Behinderung. Vor allem in Schulen und Kindergärten ist der Gedanke der Inklusion noch nicht angekommen. Zwar glauben 30 Prozent der Befragten, dass Bildungseinrichtungen mittlerweile gut auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung eingestellt sind. Vom gemeinsamen Leben und Lernen kann in der Wahrnehmung aber nicht die Rede sein: Nur acht Prozent der befragten Erwachsenen geben an, in Bildungseinrichtungen regelmäßig Kontakt zu Menschen mit Behinderung zu haben“ (Aktion Mensch 2012, siehe: <http://www.aktion-mensch.de/presse/pressemitteilungen/detail.php?id=876>)

3.Was ist Behindertenpolitik?

Behindertenpolitik

„Behindertenpolitik bedeutet Emanzipationspolitik mit starken gesetzlichen Regelungen, die Gleichstellung garantieren und Diskriminierungen verhindern. Es braucht die Selbstvertretung von Betroffenen in der Politik. Und nicht zuletzt müssen Nicht-Behinderte gegenüber Menschen mit Behinderungen auf Macht verzichten.“ (Reinhard Burtcher 1999, Behindertenpolitik und Emanzipation. Aktuelle Situation der Integration, Online im Internet bei bidok: <http://bidok.uibk.ac.at/library/burtscher-politik.html>)

4.Was ist Inklusion?

Merkmale von Inklusion von Andreas Hinz:

„Die über 30jährige englischsprachige Literatur zur Frage von ‚inclusion‘ und ‚inclusive education‘, lässt folgende Eckpfeiler des Verständnisses von Inklusion erkennen (vgl. HINZ 2004¹,

¹HINZ, Andreas (2004): Vom sonderpädagogischen Verständnis der Integration zum integrati- onspädagogischen Verständnis der Inklusion!? In: SCHNELL, Irmtraud & SANDER, Alfred (Hrsg.): Inklusive Pädagogik. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, 41-74

46f.):

- *Inklusion wendet sich der Heterogenität von Gruppierungen und der Vielfalt von Personen positiv zu – sei es der aktuell vorhandenen oder der überhaupt maximal denkbaren.*
- *Inklusion bemüht sich, alle Dimensionen von Heterogenität in den Blick zu bekommen und gemeinsam zu betrachten. (...)*
- *Inklusion orientiert sich an der Bürgerrechtsbewegung und wendet sich gegen jede gesellschaftliche Marginalisierung. Damit ist dieser Ansatz ein hoch politischer und mit Konflikten verbundener, gleichzeitig verfolgt er Zielsetzungen, die wohl kaum jemals völlig erreicht werden können.*
- *Inklusion vertritt die Perspektive des Abbaus von Diskriminierung und Marginalisierung und damit die Vision einer inklusiven Gesellschaft.*

Auf der Basis dieser vier Eckpunkte lässt sich somit eine erste These formulieren:

Inklusion ist keine Frage der Behindertenhilfe, sondern eine Frage des generellen gesellschaftlichen Umgangs mit Unterschieden und damit der Gestaltung des Sozialraums“ (HINZ 2009, Aktuelle Erträge der Debatte um Inklusion – worin besteht der ‚Mehrwert‘ gegenüber Integration? Online im Internet: <http://www.nrw-eineschule.de/sites/default/files/Hinz%20Aktuelle%20Ertraege%20der%20Debatte%20um%20Inklusion.pdf>).

5. Was ist Diskriminierung?

diskriminieren (lateinisch trennen, absondern) bedeutet:

Menschen oder Gruppen von Menschen werden als minderwertig oder ungleich wahrgenommen. Sie werden dann schlechter behandelt als andere, privilegierte Gruppen oder Menschen.

Wenn Menschen durch unterschiedliche Behandlung benachteiligt oder zurückgesetzt werden, werden sie diskriminiert. Diskriminierungen passieren bei ungleichen Machtverhältnissen.

Mehr zum Begriff Diskriminierung im Kapitel „Diskriminierung“ in Lisa Reimann: *Vielfalt, Vorurteile und Diskriminierung? Der Anti-Bias-Ansatz als Fortbildungskonzept für Pädagoginnen und Pädagogen in offenen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen in Berlin Schöneberg*. Unter: <http://bidok.uibk.ac.at/library/reimann-vielfalt-dipl.html#idp2841696>

Diskriminierung und Ungleichbehandlung können durch Barrieren und Förderlücken entstehen, zum Beispiel durch:

- Schwere Sprache (Regeln zur Leichten Sprache siehe bei Netzwerk Leichte Sprache <http://www.leichtesprache.org/downloads/Regeln%20fuer%20Leichte%20Sprache.pdf>)
- bauliche Barrieren (daher sollte bei Veranstaltung bspw. diese Checkliste berücksichtigt werden: Checkliste für die Organisation von barrierefreien Veranstaltungen der Studentenwerke: http://www.studentenwerke.de/pdf/Checkliste_barrierefreie_Veranstaltungen.pdf)
- fehlendes Design for All bzw. Universal Design
- einkommensabhängige Eingliederungshilfe – siehe: Petition Recht auf Sparen und gleiches Einkommen auch für Menschen mit Behinderungen #2600 – Bundesteilhabegeld (Constantin Grosch): <http://www.change.org/de/Petitionen/recht-auf-sparen-und-gleiches-einkommen-auch-für-menschen-mit-behinderungen-2600>. Aus dem Piratenpartei Wahlprogramm (btw13) Seite 90: *„Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen und damit die persönliche Assistenz nicht mehr unter die Sozialhilfe fällt. Der Zustand, dass behinderte Menschen kein*

Vermögen besitzen dürfen und kein Recht auf Einkommen über 1.400 € haben, muss auf der Stelle im Sinne der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung verändert werden“
(https://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/c/c1/Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2013_Onlineversion.pdf)

- Finanzierungsvorbehalt (im SGB IX), führt bspw. dazu, dass dem Wunsch und Wahlrecht nicht immer entsprochen werden muss und schränkt das Selbstbestimmungsrecht ein.
- Fehlende Gesetzgebung, bspw. Gab es bisher keine Unterzeichnung der 5.- EU-Antidiskriminierungsrichtlinie
- Unterversorgung, Sparmodell (bspw. im Bildungsbereich)
- schleppende Assistenz- und Hilfsmittelbewilligung (Verschiebebahnhöfe)
- zu wenig inklusive Freizeitangebote – fehlende Unterstützung
- Vorurteile
- „Sonderinstitutionen“ (Heimstopfbau – siehe dazu auch die Ideen von Klaus Dörner: „Ein Heim ist immer nur die zweitbeste Lösung“ Gespräch mit Klaus Dörner und Michael Graber- Dünow Sonja Siegert, Langfassung des Gesprächs aus Dr. med. Mabuse Nr. 169, September/Oktober 2007. Online im Internet: http://sonja-siegert.de/media/Heim_klein.pdf und die Bundesinitiative Daheim statt Heim: <http://www.bi-daheim.de/de/>
- fehlende Unterstützung bei Taubblindheit, unzureichende Finanzierung für Gebärdensprachdolmetschung, fehlende Gleichstellung der Assistenzhunde mit Blindenführhunden
- fehlende oder unzureichende Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt, um die Integration von Menschen mit Schwerbehinderung zu fördern (hohe Schwerbehindertenarbeitslosenquote).
- Fehlende Alternativen zur Werkstatt für Menschen mit Behinderung und fehlende Maßnahmen (Rückkehrrecht, Rentenansprüche u.a.)
- Barrieren in den Medien, barrierefreie Kommunikation (Internet BITV 2.0) nicht immer gegeben, viel zu wenig Fernsehsender bieten Untertitelung oder Audiodeskription an.
- Benachteiligungen im Betreuungs- und Wahlrecht, siehe: Leander Palleit (Deutsches Institut für Menschenrechte): Gleiches Wahlrecht für alle? Menschen mit Behinderungen und das Wahlrecht in Deutschland, Berlin 2011. Online im Internet: http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/policy_paper_18_gleiches_wahlrecht_fuer_alle.pdf
- die fehlende Große Lösung (sowohl im 14. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung als auch im Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK (NAP) wird die Große Lösung forciert). Mit der Großen Lösung fallen alle Kinder (unabhängige der Behinderung) unter das SGB VIII, was inklusive Prozesse erleichtern würde. Siehe: Prof.Dr.Dr.h.c Reinhard Wiesner: Rechtliche und politische Entwicklungslinien zur Inklusion, zur Großen Lösung und zum Bundesleistungsgesetz. 19. gesamt-bayerische Jugendamtsleitungsstagung „All inclusive“ – wohin steuert die Kinder- und Jugendhilfe im Zeitalter der Inklusion? 6. – 8. Mai 2013 in Hof. Online im Internet: http://www.blja.bayern.de/imperia/md/images/zbfis_intranet/produktgruppe_ii/wiesner_pr_sensation_hof.pdf
- Barrieren im Verkehr (Tourismus, Schwierigkeiten bei der Bezuschussung von Kfz-Umbauten, Probleme mit dem Sonderfahrdienst und Barrieren im ÖPNV)
- Barrieren bei der Pflege und Gesundheit (zu wenig Arztpraxen sind auf Menschen mit Behinderung eingestellt, bspw. Gynäkologie).

"Wenn einer unbekannten Zahl von Menschen mit Behinderungen pauschal das Wahlrecht verweigert wird, wenn Menschen gegen ihren Willen zwangsbehandelt und zwangseingewiesen werden, wenn Frauen und Mädchen mit Behinderungen zwei- bis dreimal häufiger als nichtbehinderte Frauen von sexueller Gewalt betroffen sind, und mehr als 140.000 pflegebedürftige Menschen ans Bett fixiert werden, so sind das gravierende Menschenrechtsverletzungen."

Dr. Sigrid Arnade, 2013, Sprecherin der Allianz, siehe: <http://www.brk-allianz.de/index.php/m->

6. Was braucht Inklusion?

Inklusion braucht:

- Professionalisierung (Fortbildungen in den Institutionen) UND Bürger_innenbeteiligung, Zivilgesellschaft
- Zeit, feste Zielvorgaben (Wann wird was wie erreicht?)
- Personelle, sächliche und räumliche Ressourcen (Barrierefreiheit, in den Bildungsinstitutionen ausreichend Personal, einen vorurteilssensiblen Umgang, Antidiskriminierungsmaßnahmen, Universal Design bzw. Design for All usw.)
- Evaluation inklusiver Prozesse (Zum Beispiel mit dem Index für Inklusion: Montagsstiftung, siehe: <http://www.montag-stiftungen.de/?id=3150>)

7: Zum Innovationspotenzial der UN-Behindertenrechtskonvention (nach Heiner Bielefeldt):

Was bringt die UN-Behindertenrechtskonvention? Sie bringt:

- stärkeres Bewusstsein der Würde
- Überwindung des Defizit-Ansatzes
- Die Forderung sozialer Inklusion
- Inhaltliche Verbürgungen und Umsetzungsverpflichtungen
- Bedeutung für die Humanisierung der Gesellschaft im Ganzen
- Der internationalen Menschenrechtsschutz wird auf die besonderen Gefährdungslagen von Menschen mit Behinderungen hin konkretisiert und präzisiert.
- die Diskriminierung Behinderter als Menschenrechtsthema wird in einer eigenen Konvention angesprochen und systematisch auf die verschiedenen Lebensbereiche bezogen
- es gibt einen Monitoring-Mechanismus – entsprechend den Überwachungsverfahren der anderen Menschenrechtskonventionen
- Starke Akzentsetzung auf soziale Inklusion
- Der *diversity*-Ansatz, für den die Behindertenrechtskonvention steht, kommt allen zugute.

Vgl. Bielefeldt, Heiner: Zum Innovationspotenzial der UN-Behindertenrechtskonvention. Essay No. 5. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte. 3. Auflage, 2009, S. 43. Online im Internet: http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Essay/essay_zum_innovationspotenzial_der_un_behindertenrechtskonvention_auflage3.pdf

8. Weiterführende Links

Reimann, Lisa: Inklusionsfakten.de. Über Mythen und Fakten rund um das Thema Inklusion. Schule und Bildung. 2014. Online im Internet: <http://inklusionsfakten.de/category/schule-bildung/>

Reimann, Lisa: Vorurteile, Ausgrenzung und Diskriminierung - ein präventives Aufgabenfeld in einer inklusiven Schule. Welche Handlungsoptionen bietet der Anti-Bias-Ansatz im gemeinsamen Unterricht? 2011. Online im Internet: <http://bidok.uibk.ac.at/library/reimann-vorurteile.html>

Informationen zur UN-Behindertenrechtskonvention gibt es auf der Seite des Deutschen Instituts für Menschenrechte: <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/?id=467>

Zum Thema Behinderung und Arbeit gibt es von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH) GbR die Online-Broschüre "ABC Behinderung & Beruf" (2013):

<http://www.integrationsaemter.de/ABC-Behinderung-amp-Beruf/65c178i1p/index.html> und ein Fachlexikon:

<http://www.integrationsaemter.de/Fachlexikon/77c/index.html>